

Kehrtwende im Solarstreit

Angeführt von Deutschland, begehren die Mitglieder der Europäischen Union gegen die Kommission auf: Die Mehrheit lehnt Antidumping-Zölle auf chinesische Solarmodule ab.

Von Sascha Rentzing

Chinas Regierung setzt große Hoffnung auf Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie soll die Eurokrise meistern, chinesische Investitionen in Europa schützen und den Streit über ein Antidumping-Verfahren der Europäischen Union gegen chinesische Solarfirmen beilegen. Im letzten Punkt steht Merkel kurz vor einem Erfolg. Auf ihre Initiative sprach sich jetzt die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten gegen die Pläne der EU-Kommission aus, Strafzölle auf chinesische Solarmodule zu erhe-

ben. Damit ist eine gütliche Einigung mit China doch noch wahrscheinlich geworden. Eigentlich hatte EU-Handelsminister Karel De Gucht bereits für diesen Juni Sanktionen gegen die Asiaten beschlossen. Über die Mehrheit der Mitglieder kann sich die Kommission jedoch nicht hinwegsetzen.

Deutschland wolle keine Strafzölle, sondern eine Verhandlungslösung, sagte Merkel beim Deutschlandbesuch des chinesischen Premiers Li Keqiang Ende Mai. Für die Initiative EU Prosun, zu der sich

25 europäische Solarunternehmen unter der Führung von Solarworld zusammengeschlossen haben, nimmt der Solarstreit mit China damit kurz vor dem Ziel eine unerfreuliche Wendung. Sie reichte im vorigen Jahr Antidumping-Beschwerde bei der EU gegen Chinas Solarindustrie ein und kämpft für Sanktionen gegen die Asiaten (neue energie 12/2012). „China dumpft im Solarbereich seit drei Jahren, und das hat uns bis heute schon allein 30 Insolvenzen und Werksschließungen in Deutschland



Duo gegen Dumpingzölle: Chinas Premier Li Keqiang und Bundeskanzlerin Angela Merkel wollen einen Solar-Handelsstreit verhindern.

und 60 in Europa gekostet“, sagt Solarworld-Manager und Prosun-Präsident Milan Nitzschke. Dennoch würden EU-Maßnahmen nicht zu spät kommen. „Nach wie vor produzieren in Europa die technologisch führenden Unternehmen in der Solarbranche. Die Einführung von Antidumping-Zöllen würde dafür sorgen, dass wir wieder fairen Wettbewerb bekommen“, so Nitzschke.

Während Prosuns Hoffnung auf Zölle schwindet, dürften die Chinesen aufatmen. In den Vereinigten Staaten, einem der größten Absatzmärkte für Solarmodule, werden sie bereits für ihr Handelsgebarren bestraft. Washington erhebt seit über einem Jahr gepfefferte Strafzölle von bis zu 250 Prozent auf chinesische Solarware. Die China-Importe sind daraufhin nach einer aktuellen Studie des Beratungsunternehmens PricewaterhouseCoopers (PWC) um 70 Prozent gesunken. Die gleiche Entwicklung würde den Chinesen in Europa drohen, ihrem wichtigsten Absatzmarkt. In den vergangenen fünf Jahren haben sie ihren Marktanteil hier auf 80 Prozent verfünffacht. 2012 lag der Wert der in die EU importierten China-Module bei 21 Milliarden Euro. Laut EU-Kommission ist es das größte Antidumping-Verfahren, das sie je eingeleitet hat.

In den Vereinigten Staaten entspannt sich derzeit die Lage für die US-Solarbranche: Der dortige Photovoltaikmarkt wuchs nach dem PWC-Report im ersten Quartal 2013 um 143 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 14 000 Arbeitsplätze sind seit Einführung der Zölle in der US-Solarbranche neu entstanden. Auch Europa hätte gute Chancen auf neue Solarjobs, sagt PWC-Analyst Wolfgang Nothelfer. Mit der Verhängung

von Antidumping-Zöllen würde die ruinöse Abwärtsspirale im europäischen Solarmarkt gestoppt.

Die meisten Experten sehen jedoch in den nun angestrebten Verhandlungen die bessere Lösung des Solarkonflikts. So glaubt Lothar Harings, Experte für Außenhandelsrecht der Hamburger Kanzlei Graf von Westphalen, dass es bei Strafzöllen unter dem Strich mehr Verlierer als Gewinner gibt. „Es gibt natürlich einige produzierende Unternehmen, die durch die Zölle vor chinesischer Konkurrenz geschützt und somit profitieren würden. Die vielen anderen Unternehmen aus der Solarbranche und auch die Verbraucher würden jedoch unter Preissteigerungen leiden.“ Das gelte für Firmen, die Produkte in China fertigen lassen, aber auch für solche, die chinesische Produkte verwenden und in Europa weiterverarbeiten. „Dass Antidumping-Maßnahmen Arbeitsplätze gefährden, wird häufig übersehen“, erklärt Haring. Das bestätigt auch eine vom Forschungsinstitut Prognos bereits im Februar vorgestellte Studie. Je nach Höhe der Strafzölle könnten innerhalb von drei Jahren allein in Deutschland bis zu 84 700 Stellen wegfallen.

Sanktionen könnten weitere negative Folgen haben. Haring zufolge wäre das Risiko groß, dass sie Wettbewerbsbeschränkungen auf chinesischer Seite nach sich ziehen. Das Einlenken der EU-Mitglieder dürfte China beschwichtigen und den befürchteten Handelskrieg vermeiden. Der Exportverband der chinesischen Elektroindustrie hatte unmittelbar vor Li Keqiangs Deutschlandbesuch erklärt, China sei bereit, über freiwillige Mindestpreise für Solarimporte zu sprechen. Es gibt offenbar eine Verhandlungsbasis. ◀